

# Wohnungsnot durch Ferienwohnungen: Linke nimmt Plattformen ins Visier

Wohnungsnot auch wegen der vielen Zweitwohnungen in Bayern????

## Ferienwohnungen: Linke nimmt Plattformen ins Visier

In vielen Ballungsräumen gehen etliche reguläre Wohnungen ausschließlich an Feriengäste. Lindert es die Wohnungsnot, wenn man die kurzfristige Vermietung eindämmt? 15.09.2025 - 14:53 Uhr

Eine überfüllte Wohnungsbesichtigung in einer deutschen Großstadt. Foto: BILD Fotoservice

Nach dem Vorbild Spaniens will die Linke auch in deutschen Großstädten wie Hamburg und [Berlin](#) die Vermietung von Wohnungen an Touristen über Plattformen wie [Airbnb](#)

eindämmen. Die kurzzeitige Überlassung der selbst genutzten Wohnung sei okay, sagte Parteichef Jan van Aken in Berlin. Nicht in Ordnung sei es hingegen, wenn Wohnraum ausschließlich kommerziell an Feriengäste vermietet werde.

Im Visier hat er nach eigenen Worten sogenannte Superhosts – bei ihnen sei klar, dass dort ausschließlich Touristen unterkämen. „Wir müssen da ran“, sagte van Aken.

Die Wohnungsämter benötigten mehr Personal zur Kontrolle. Und bei Plattformen müsse es einen automatischen Datenabgleich geben. Gingen die ausschließlich als Ferienwohnung genutzten Objekte zurück in den Mietmarkt, werde sich die Lage in den Ballungsräumen

- Die spanische Regierung hatte mitgeteilt, sie wolle mehr als 53.000 illegale Ferienwohnungen von den Onlineplattformen streichen lassen. Diese Wohnungen würden bald dem regulären Wohnungsmarkt zugeführt, kündigte Ministerpräsident Pedro Sánchez am Wochenende an.

[https://www.wiwo.de/politik/deutschland/wohnungsnot-durch-ferienwohnungen-linke-nimmt-plattformen-ins-visier/100155409.html?xing\\_share=news](https://www.wiwo.de/politik/deutschland/wohnungsnot-durch-ferienwohnungen-linke-nimmt-plattformen-ins-visier/100155409.html?xing_share=news)

Kommentar dazu:

- Ausgerechnet die Linke nimmt dieses Thema ins Visier Während die CSU und die allermeisten Kommunalpolitiker in Bayern nur eine Kampfansage gegen diese vielen Zweitwohnsitze seit dem Jahr 2005 betreiben – wobei doch von den vermieteten Ferienwohnungen eben fast generell diese bayerischen Kommunalpolitiker überwiegend sich das Recht auszunehmen den örtlichen Fremdenverkehr mit der Vermietung von Ferienwohnungen sich zu bereichern, denn Vermietungen pro Woche ist wohl ertragreicher als Vermietung Bürger mit Erstwohnsitz pro Monat.
- Beschämend eben auch mit den Einnahmen aus der Zweitwohnungssteuer – allerdings nur 5000 in Bayern anzutreffen – werden bei den von 2056 bayerischen Kommunen jenen 170 Kommunen welche eine Zweitwohnungssteuer erheben diese Einnahmen bei der Bewertung der Finanzkraft -wobei es Voraussetzung oder Grundlage sein sollte- bei der Festsetzung im Kommunalen Finanzausgleich sein . Eine Behandlung

als Einnahmen wie bei Schwarzgeld offiziell geduldet. – folglich Schwarzgeldaffäre in Bayern hoch drei!

- Völlig unbemerkt in der breiten Öffentlichkeit genossen diese 170 Kommunen noch einen Geldsegen zu Unrecht wieder nur in Bayern so anzutreffen zusätzliche Schlüsselzuweisungen für Nebenwohnsitze zwischen 1.1.2005 und 31.12.2024 insgesamt 500 000 000€ aus dem Steueraufkommen aller Bürger !!  
Leider ist man hier nicht bemüht einen Untersuchungsausschuss zu bilden.